

Günter Kutscha / Jörg Stender

Berufsbildungsbericht Duisburg 1984 – Ansatz zur Entwicklung eines regionalen Berufsbildungs-Informationssystems

Bedeutung und Problematik der regionalen Berufsbildungsberichterstattung

Wie in keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird das Angebot beruflicher Ausbildungsmöglichkeiten von der regionalen Wirtschaftsstruktur bestimmt. [1] Dementsprechend ist ein großer Teil Jugendlicher aufgrund regionaler Herkunft in bezug auf Bildungschancen und damit verbundene Lebensqualität erheblich benachteiligt. Dieser Sachverhalt konfliktiert mit den raumordnungspolitischen Grundsätzen, wie sie im Raumordnungsgesetz 1965 für die Bundesrepublik formuliert worden sind. Dem Gesetz zufolge ist das „Bundesgebiet in seiner allgemeinen räumlichen Struktur einer Entwicklung zuzuführen, die der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft am besten dient ...“ (§ 1). Die Intentionen des Bundesraumordnungsgesetzes sind eindeutig ausgleichspolitisch motiviert: In Gebieten, in denen die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind oder ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist, sollen die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie die kulturellen Einrichtungen verbessert werden. Daraus resultiert ein Informationsbedarf, der es politischen Entscheidungsinstanzen und Verwaltungseinrichtungen ermöglicht, Problemregionen und deren defizitäre Struktur zu identifizieren. [2]

Die Berufsbildungsberichterstattung des Bundes, gesetzlich verankert zunächst im Ausbildungsplatzförderungsgesetz 1976 und seit 1981 im Berufsbildungsförderungsgesetz, ist hinsichtlich ihres regionalen Teils darauf ausgerichtet, raumspezifische Disparitäten der Ausbildungsversorgung im interregionalen Vergleich darzustellen. Seit Vorlage des ersten Berufsbildungsberichts [3] wird versucht, mittels ausgewählter Indikatoren Regionen (Arbeitsamtsbezirke) mit vergleichsweise ungünstiger und günstiger Versorgungslage zu sondieren. Zwangsläufig kann der Bundes-Berufsbildungsbericht den Informationsbedarf der Regionen selbst nicht abdecken. Angesichts der ungünstigen Entwicklung des Verhältnisses von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage sind während der vergangenen Jahre auf Länderebene (z. B. Nordrhein-Westfalen, Hessen) [4] und unterhalb der Länderebene zahlreiche Initiativen entwickelt worden, regionale Berufsbildungsberichte zu erstellen. Dabei geht es sowohl um die Ergänzung des Bundesberichts in Hinsicht auf eine differenzierte und bildungsplanerisch relevante Darstellung von Art und Ausmaß der regionalen Versorgungslage als auch um die Entwicklung eines kritischen Korrektivs gegenüber dem Bundesbericht.

Offenbar sehen zunehmend mehr Regionen ihre Versorgungsproblematik im Bundes-Berufsbildungsbericht nicht angemessen repräsentiert. Die Kritik entzündet sich insbesondere an der herausragenden Rolle der Ausbildungsplatzbilanz im Maßkonzept des Regionalvergleichs. Bekanntlich sollte die Ausbildungsplatzbilanz ursprünglich – d. h. nach Maßgabe des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes von 1976 – justikable Anhaltspunkte bei der Ermittlung des globalen Defizits an Ausbildungsstellen im Hinblick auf die Gewährung finanzieller Hilfen liefern. Gleichsam unter der Hand wurde die aus der Ausbildungsplatzbilanz abgeleitete Angebots-Nachfrage-Relation in der Berufsbildungsberichterstattung des Bundes als Hauptindikator für die Bestimmung von „Problembezirken“ mitverwendet, obwohl nie ein Zweifel darüber bestand, daß der Saldo der Ausbildungs-

platzbilanz (unbesetzte gemeldete Ausbildungsstellen minus unvermittelte gemeldete Ausbildungsplatzbewerber) weder das quantitative Ausmaß der regionalen Versorgungslage zutreffend anzeigt noch wegen seiner Abhängigkeit von den Einschaltquoten der Arbeitsämter für interregionale Vergleichszwecke unmittelbar geeignet ist. Die meisten regionalen Berufsbildungsberichte haben sich deshalb zunächst darauf konzentriert, der „amtlichen“ Ausbildungsplatzbilanz als Alternative eine umfassende „Berufsbildungsbilanz“ entgegenzusetzen. Als Grundlage dazu dient die vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgelegte und am Bundesinstitut für Berufsbildung weiterentwickelte Konzeption [5], nach der in einer Stichtagsrechnung für ein gegebenes Jahr auf der einen Seite die Gesamtzahl der Jugendlichen ausgewiesen wird, die mit Bildungsangeboten zu versorgen sind, und auf der anderen Seite dargelegt wird, wie viele Jugendliche mit welchen Bildungsalternativen versorgt worden sind und wie viele nicht mit Ausbildung versorgt werden konnten.

Von allen Problemen, die mit der Erstellung regionaler Berufsbildungsberichte aufgeworfen sind, hat sich die Berufsbildungsbilanz als der umstrittendste Teil erwiesen. [6] Während auf der einen Seite geltend gemacht wird, daß die Berufsbildungsbilanz die Versorgungslage umfassender und damit zutreffender darstelle als die gesetzlich definierte Ausbildungsplatzbilanz, werden auf der anderen Seite sowohl die normativen Implikate der Berufsbildungsbilanz („Ausbildung für alle“) als auch die nicht gelösten berufsbildungsstatistischen Voraussetzungen der Bilanzerstellung (z. B. Schätzprobleme bei der Erfassung der Altnachfrager und der Pendler) als Argumente gegen die Berufsbildungsbilanz ins Feld geführt. „Regionalbilanzen unterhalb der Ebene der Bundesländer“, so KAU [7] in dieser Zeitschrift, „liegen einstweilen noch außerhalb der Reichweite der analytischen Mittel.“

Tatsächlich können gewichtige Einwände gegen die Berufsbildungsbilanz als Instrument der regionalen Strukturberichterstattung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entkräftet werden. Damit ist die Akzeptanz von regionalen Berufsbildungsberichten, soweit sie sich bei der Darstellung der Versorgungslage auf die Berufsbildungsbilanz stützen, schon im Vorfeld politischer Auseinandersetzungen in Frage gestellt. Offenbar haben die Befürworter der Berufsbildungsbilanz nicht hinreichend berücksichtigt, daß für die Entwicklung regionaler Berufsbildungs-Informationssysteme derzeit zum Teil noch die elementarsten statistisch-organisatorischen Voraussetzungen fehlen. [8] Mit der Berufsbildungsbilanz zu beginnen, hieße unter diesen Umständen, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen. Um den Auf- und Ausbau der regionalen Strukturberichterstattung nicht an der Berufsbildungsbilanz scheitern zu lassen, empfehlen wir einen pragmatischen Weg. Er wird in Duisburg erprobt und hat seinen ersten Niederschlag im Berufsbildungsbericht Duisburg 1984 gefunden. [9] Die Annahme dieses Berichts und dessen Fortschreibung sind mit Zustimmung aller Ratsfraktionen in den zuständigen Ausschüssen beschlossen worden.

Ansatz und Aufbau des Duisburger Berufsbildungsberichts

Da es für die Erstellung regionaler Berufsbildungsberichte keine gesetzliche Grundlage gibt, mußte in Duisburg eine möglichst

breite Konsensbasis gefunden werden, um die Erstellung eines solchen Berichts überhaupt zu ermöglichen. Entsprechend der Heterogenität der für den Berufsbildungsbericht in Frage kommenden Adressaten divergierten die Erwartungen sehr stark. So wurden auch Ansprüche gestellt (z. B. in Hinsicht auf Qualifikationsbedarfsprognosen), die im Rahmen einer jährlichen Berichterstattung nicht realisierbar sind. Einigkeit bestand darin, daß der Berufsbildungsbericht als regional orientierte Entscheidungs- und Beratungsgrundlage auf eine kontinuierliche Fortschreibung angelegt sein sollte.

Bei der Darstellung und Analyse der regionalen Versorgungslage werden im Berufsbildungsbericht vier große Datenkomplexe berücksichtigt. Sie beziehen sich auf die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit des örtlichen Arbeitsamts, die Berufsausbildung im dualen System, die berufliche Bildung an Schulen sowie die Versorgung in berufsvorbereitenden und ausbildungsfördernden Maßnahmen. Das Schwergewicht des Berichts liegt auf der Frage nach Strukturdefiziten und problemgruppenbezogenen Disparitäten; denn auf sie sollte sich die regionale Maßnahmen- und Schulentwicklungsplanung konzentrieren. [10] Da die amtliche Statistik hierfür keine ausreichenden Informationen zur Verfügung stellt, mußten umfangreiche Sonderauswertungen bislang nicht analysierter Daten durchgeführt werden. So wurde in Abstimmung mit den für die Berufsausbildung im dualen System zuständigen Stellen für jeden neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag ein personenbezogener Datensatz u. a. mit den Merkmalen Ausbildungsberuf, Geschlecht, Nationalität und schulische Herkunft angelegt und unter Wahrung datenschutzrechtlicher Belange im Rahmen eines computergestützten Informationssystems implementiert. Auf diese Weise kann das Datenmaterial nach allen wünschbaren Merkmalskombinationen ausgewertet werden. [11] Hierin liegt ein großer Vorteil gegenüber dem Bundesberufsbildungsbericht, der sich auf die von den zuständigen Stellen gelieferten Tabellensätze mit fixierten Merkmalskombinationen stützen muß. [12] Für den schulischen Bereich wurden Sonderauswertungen der Berufsschulstatistik beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Durch Strukturvergleiche mit dem Landesdurchschnitt konnte die Versorgungslage im regionalen Schulsystem unter besonderer Berücksichtigung problemgruppenspezifischer Disparitäten genauer analysiert und auf die Schwierigkeiten der Einmündung in betriebliche Ausbildungsverhältnisse bezogen werden. Eine wichtige Ergänzung dazu liefern die Ergebnisse aus Sonderauswertungen der Berufsberatungs- und Bewerberstatistik, die wir aufgrund der Daten bei der Bundesanstalt für Arbeit regionbezogen analysiert haben. Für die Versorgung in ausbildungsfördernden und berufsvorbereitenden Maßnahmen mußten mangels verfügbarer Daten eigene Erhebungen durch das Jugendamt der Stadt Duisburg durchgeführt werden.

Wie diesen Hinweisen zu entnehmen ist, erfolgte die Datenauswertung im Zugriff auf unterschiedliche und nicht koordinierte Teilstatistiken. Diese enthalten zwar eine Fülle bislang nicht ausgewerteten Datenmaterials, das für eine differenzierte Darstellung der regionalen Versorgungslage genutzt werden kann, jedoch läßt sich auf ihrer Grundlage bislang noch kein geschlossenes Indikatorensystem aufbauen. Insofern erlaubt der vorliegende Bericht nur in der Gesamtheit der einander ergänzenden Datenquellen eine näherungsweise Einschätzung der regionalen Versorgungslage und der dadurch bedingten Qualifikationschancen Jugendlicher. Überdies ist zu berücksichtigen, daß sich der Bericht unter Gesichtspunkten der Datenverfügbarkeit auf administrativ definierte Grenzen (Arbeitsamtsbezirk Duisburg) beschränken mußte. Da Arbeitsamtsbezirke nicht mit ausbildungsstellen- und arbeitsmarktrelevanten Funktionsräumen identisch sind oder damit korrespondieren müssen [13], stellt sich das Problem der Verflechtung mit den angrenzenden Regionen. Für den Berufsbildungsbericht Duisburg 1984 konnte nur die Zahl der Einpendler, nicht aber auch die der Auspendler erfaßt werden.

Ergebnisse des Berufsbildungsberichts

Die wirtschaftsstrukturellen Probleme der Stadt Duisburg waren während der vergangenen Jahre mit drastischen Einbrüchen am Arbeitsmarkt verbunden. Von 1980 bis 1983 (jeweils Ende des Jahres) wuchs der Bestand an Arbeitslosen um 122,5 Prozent von 14.955 auf 33.276. Das entspricht einer Veränderung der Arbeitslosenquote von 7 Prozent auf 15,8 Prozent. Im Vergleich dazu stieg die Arbeitslosenquote während dieses Zeitraums im Bundesgebiet von 4,8 Prozent auf 9,5 Prozent und in Nordrhein-Westfalen von 5,4 Prozent auf 10,8 Prozent. Von den insgesamt 3035 Jugendarbeitslosen unter 20 Jahren verfügten drei Viertel über keinen Berufsabschluß, und von diesen Jugendlichen hatten zwei Drittel (52,8% der Mädchen und 78,7% der Jungen!) die Schule ohne Hauptschulabschluß verlassen. Hervorstechendes Merkmal des Duisburger Arbeitsmarkts ist das im Vergleich zu früheren Jahren beträchtlich gestiegene Sockelniveau an dauerhafter Arbeitslosigkeit. Das betrifft insbesondere auch die Altersgruppe der Jugendlichen unter 25 Jahren. Ein Viertel dieser Jugendarbeitslosen war im September 1983 schon ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet.

Trotz der problematischen Entwicklungen am Duisburger Arbeitsmarkt konnte die Zahl der Ausbildungsverträge insbesondere im Handwerk bis September 1983 noch erhöht werden. Allerdings lag der Zuwachs bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Berichtsjahr 1983 gegenüber 1982 mit 0,9 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7,3 Prozent und unter dem Landesdurchschnitt von 9,8 Prozent. Es zeichnet sich mithin eine Abkopplung des regionalen Ausbildungsstellenmarkts von überregionalen Entwicklungen ab. [14]

Im Jahre 1983 wurde in Duisburg die bis dahin höchste Zahl an Neuabschlüssen von Berufsausbildungsverträgen im dualen System erreicht (5704). Seit Jahren gab es aber auch nie so viele Jugendliche, die vom Arbeitsamt nicht in eine Ausbildungsstelle vermittelt werden konnten (394). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die auf der Grundlage der Neuabschlüsse sowie der beim Arbeitsamt gemeldeten unvermittelten Bewerber und der gemeldeten offenen Stellen erstellte „amtliche“ Ausbildungsplatzbilanz nur unzureichend das gesamte Ausmaß der Ausbildungs- und Berufsnot Jugendlicher in Duisburg signalisiert. Insgesamt 4136 beim Arbeitsamt Duisburg Ende September registrierte Jugendliche unter 20 Jahren waren sowohl ohne Berufsausbildung als auch ohne Arbeit. Dazu zählten neben den unvermittelten Bewerbern auf Ausbildungsstellen (394) arbeitslose Jugendliche ohne Berufsausbildung (2342) und Jugendliche in Maßnahmen (1400), die vom Arbeitsamt finanziert oder beschickt wurden.

Die Sonderauswertungen sowohl der Kammernstatistiken als auch der Berufsberatungstatistik ergeben, daß je nach Berufsbereichen in Abhängigkeit von schulischer Herkunft, Geschlecht und Staatsangehörigkeit deutliche Chancenunterschiede beim Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten im dualen System bestehen. Mädchen und ausländische Jugendliche waren bei den Neuabschlüssen im dualen System deutlich unterrepräsentiert. Obwohl die weiblichen Jugendlichen durchschnittlich eine bessere schulische Vorbildung hatten als Jungen, waren sie nur zu 38,7 Prozent bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen beteiligt; ihr Anteil an der Gesamtzahl der unvermittelten Bewerber betrug zwei Drittel. Von den weiblichen Bewerbern verfügten in Duisburg 37,8 Prozent über den Hauptschulabschluß (Jungen: 40,3%), 47,9 Prozent über den mittleren Schulabschluß (Jungen: 39,7%) und 12,2 Prozent über eine Studienberechtigung (Jungen: 10,0%); nur 2,1 Prozent konnten keinen Hauptschulabschluß nachweisen (Jungen: 10,0%). Mädchen hatten nicht nur größere Schwierigkeiten als Jungen, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu finden, sie mußten sich auch mit einer schmalen Palette an Wahlmöglichkeiten begnügen. Während Jungen bei den Neuabschlüssen in 122 unterschiedliche Ausbildungsberufe einmündeten, verteilten sich die Mädchen auf nur 64 Berufe. Davon entfielen auf die vier am stärksten besetzten Berufe fast die Hälfte und auf

die zehn am stärksten besetzten Berufe fast drei Viertel aller weiblichen Auszubildenden. Ausländische Jugendliche waren an den Neuabschlüssen nur zu 6,4 Prozent beteiligt, obwohl ihr Bevölkerungsanteil in Duisburg 17 Prozent beträgt. Besonders unterrepräsentiert waren ausländische Mädchen.

Bemerkenswerte Ergebnisse liefern auch die Sonderauswertungen, die die vollzeitschulischen Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen betreffen. Offenbar ist es in Duisburg bislang nicht hinreichend gelungen, das Defizit an Ausbildungsmöglichkeiten im dualen System durch schulische Bildungsangebote zu kompensieren. Während die Berufsfachschulen, deren Absolventen – ähnlich wie Realschulabsolventen – besonders günstige Ausbildungschancen im dualen System haben, in Duisburg nicht einmal die Hälfte des landesdurchschnittlichen Anteils an Schulabgängern aus der Sekundarstufe I erreichten, war das Berufsvorbereitungsjahr mehr als doppelt so stark von Schulabgängern der Sekundarstufe I besetzt wie im Landesdurchschnitt. Der Besuch des Berufsvorbereitungsjahres scheint jedoch nur wenig geeignet zu sein, die Aussichten am Ausbildungsstellenmarkt zu verbessern. Nur 104 Jungen und Mädchen, die ein Berufsvorbereitungsjahr besucht hatten, erhielten 1983 in Duisburg einen Ausbildungsplatz. Immerhin wurden ein Jahr zuvor fast 1100 Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr beschult. Erstaunlicherweise verfügten von den Mädchen im Berufsvorbereitungsjahr bereits zwei Drittel über den Hauptschulabschluß. Das waren anteilmäßig doppelt so viel wie im Landesdurchschnitt. Angesichts dieses Befundes legt der Berufsbildungsbericht die Frage nahe, ob der Berufsfachschulbereich künftig nicht stärker und mit mehr berufsqualifizierenden Angeboten ausgestattet werden sollte, um geeignete Jugendliche, die im dualen System keinen Ausbildungsplatz finden, besser als im „Wartestand“ des Berufsvorbereitungsjahres fördern zu können.

Problemstellungen dieser Art weisen über die tagespolitische Diskussion hinaus. Nach den vorsichtigen Prognosen des Berufsbildungsberichts ist eine spürbare Entlastung des Duisburger Ausbildungsstellenmarktes erst Ende dieses Jahrzehnts zu erwarten. Der Bevölkerungsprognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zufolge wird die – für den Ausbildungsstellenmarkt relevante – Zahl der Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren in Duisburg 1985 insgesamt 42.700 betragen und bis 1990 auf 29.300 bzw. bis 1995 auf 24.500 zurückgehen. Das entspricht einem Rückgang der genannten Bevölkerungsgruppe um fast 43 Prozent während eines Jahrzehnts. Die schwierige Aufgabe für die Region Duisburg wird darin bestehen, die äußerst angespannte Lage am Ausbildungsstellenmarkt während der nächsten Jahre zu bewältigen und zugleich die Weichen dafür zu stellen, daß in Zukunft der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften gedeckt werden kann. Damit sind auch strukturelle Probleme bezüglich des Verhältnisses von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem aufgeworfen. Wie dem Berufsbildungsbericht zu entnehmen ist, wurden 1983 in Duisburg mehr als 70 Prozent der männlichen Lehrlinge in Fertigungsberufen ausgebildet, dort beschäftigt waren aber nur 47 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Ob sich daraus eine Verschiebung der Versorgungsproblematik am Ausbildungsstellenmarkt auf den Arbeitsmarkt ergibt, wird zu prüfen sein.

Forschungsperspektiven: Aufbau eines computergestützten regionalen Berufsbildungs-Informationssystems

Wie die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, liegt die besondere Bedeutung regionaler Berufsbildungsberichte darin, den politischen Entscheidungsinstanzen, Verwaltungseinrichtungen und der Öffentlichkeit Aufschluß über strukturelle Defizite und problemgruppenbezogene Disparitäten zu geben. Hierzu sind insbesondere genaue Analysen zum realisierten Übergangsverhalten Jugendlicher im Bildungssystem (einschließlich der betrieblichen Ausbildung) und zum drop-out bei den unter-

schiedlichen beruflichen Bildungswegen notwendig. Da die amtliche Berufsbildungsstatistik die entsprechenden „Daten nicht ausweist, sind die bei den zuständigen Stellen (Kammern) vorhandenen Informationen über Neuabschlüsse wie auch die Neuzugänge im schulischen Bereich als individualisierte Datensätze zu erfassen und in ein regionales Berufsbildungs-Informationssystem zu integrieren. Hierzu wird im Fachgebiet Berufspädagogik/Berufsbildungsforschung an der Universität Duisburg/Gesamthochschule ein vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördertes Forschungsprojekt („Ausbildungsversorgung und Berufsnot Jugendlicher in der Problemregion Duisburg“) durchgeführt. [15] Ziel des Projekts ist es, die regionale Versorgungslage und deren Struktur mittels Input-Output-Analysen [16] und unter Nutzung der computergestützten Datenverarbeitung möglichst umfassend darzustellen und auf Einflußgrößen hin zu untersuchen. Damit könnte auch eine geeignete Basis geschaffen werden für die Prognose zukünftiger Übergangsströme und -quoten. [17] Die Entwicklung eines tragfähigen Systems regionaler Berufsbildungsberichterstattung sollte nach unserer Auffassung in aller Sorgfalt vorbereitet werden, um zu verhindern, daß sie durch fragwürdige Zahlenspiele vorzeitig in politischen Diskredit gerät.

Anmerkungen

- [1] Vgl. Stooß, F.: Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4. Jg. (1971), Heft 2, S. 142 ff.
- [2] Vgl. Ganser, K.: Regionalisierung von Maßnahmen der beruflichen Bildung. In: Informationen zur Raumentwicklung Jg. 1977, Heft 11, S. 807–819.
- [3] Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.): Berufsbildungsbericht, Bonn 1977 ff.
- [4] In Nordrhein-Westfalen ist seit 1982 jährlich ein Berufsbildungsbericht vorgelegt worden, zuletzt: Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr/Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Berufsbildungsbericht NRW 1984, Düsseldorf 1984. Vgl. auch Die Hessische Landesregierung (Hg.): Landes-Berufsbildungsbericht 1983, Wiesbaden 1984.
- [5] Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund: DGB zum Berufsbildungsbericht 1981: Qualitative und quantitative Mängel erfordern aktives Handeln. In: DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 4, '81, S. 99; Brandes, H./Rosemann, E.: Die Berufsbildungsbilanz. In: WSI-Mitteilungen Jg. 1981, Heft 12, S. 703–710; siehe Brandes, H. u. a.; Berlin 1982, vgl.: BIBLIOGRAPHIE – Literatur zum Thema –
- [6] Vgl. hierzu beispielsweise die Auseinandersetzung um die Berufsbildungsbilanz für das Land Bremen bei Drechsel, R./Kröger, U.: Berufsbildungsbilanz für das Land Bremen. In: DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Sonderheft November 1983, S. 11–16; Reincke, M.: Berufsbildungsbilanz für das Land Bremen. In: DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 6, '84, S. 179–181; Drechsel, R./Kröger, U.: Einwände gegen die Berufsbildungsbilanz nicht gerechtfertigt. In: DGB-Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 6, '84, S. 181–182.
- [7] Kau, W.: Probleme der Schätzung von Berufsbildungsbilanzen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 12. Jg. (1983), Heft 5, S. 157–160.
- [8] Siehe Althoff, H.; Berlin 1984, vgl.: BIBLIOGRAPHIE – Literatur zum Thema –
- [9] Stadt Duisburg (Hg.): Berufsbildungsbericht Duisburg 1984, Duisburg 1984.
- [10] Vgl. Derenbach, R.: Ansätze zur Untersuchung regionaler Disparitäten im Berufsbildungsbereich. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.): Berlin 1978 (Materialien zum Expertengespräch: Problemregionen der beruflichen Bildung, S. 19–40).
- [11] Vgl. Kloas, P.-W.: Möglichkeiten der Aufbereitung von Regionaldaten im Rahmen der Berufsbildungsstatistik. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.): Berlin 1978 (Materialien zum Expertengespräch: Problemregionen der beruflichen Bildung, S. 41–51).
- [12] Vgl. Althoff, H.: Entwicklungen der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 13. Jg. (1984), Heft 3, S. 77–81.
- [13] Vgl. Klemmer, P.: Raumordnung und Landesplanung (Gutachten im Auftrag des Kommunalverbandes Ruhrgebiet), Essen 1982, S. 15 ff.

- [14] Die Abkopplungsthese läßt sich auch anhand anderer Indikatoren nachweisen. Vgl. hierzu: Stender, J.: Jugendarbeitslosigkeit in Duisburg. In: Arbeitsmarkt Ruhrgebiet 3. Jg. (1984) Heft 7, S.9 ff.
- [15] Vgl. hierzu: Kutscha, G.: Ausbildungsversorgung und Berufsnott Jugendlicher im Ruhrgebiet, und Stender, J.: Zur berufsbildungsstatistischen Bedeutung und Problematik regionaler Strukturanalysen in bezug auf die Ausbildungsversorgung Jugendlicher — dargestellt an der Ruhrgebietsregion Duisburg. Veröffentlicht in: Beiheft 5 zur Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Wiesbaden 1984.
- [16] Vgl. z. B. Hegelheimer, A.: Struktur- und Prognosemodell des Berufsbildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1981.
- [17] Dieser Ansatz wurde bereits angeregt durch den Beitrag von Fenger, H./Gottsleben, V./Stoß, F.; Nürnberg 1970, vgl.: BIBLIOGRAPHIE — Literatur zum Thema —

BIBLIOGRAPHIE — Literatur zum Thema —

- ALTHOFF, H.: Entwicklungen der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 13 (1984) 3, S. 77—81.
- BRANDES, H. u. a.: Angebot und Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen in den Arbeitsamtsbezirken (Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 40), Berlin 1982.
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hg.): Materialien zum Expertengespräch: Problemregionen der beruflichen Bildung, Berlin 1978.
- FENGER, H./GOTTSLEBEN, V./STOSS, F.: Bildungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3. Jg. (1970), S. 61—86.

Winand Kau

Mittelfristige Vorausschätzung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bis 1988

Problemstellung

Der Ausbildungsstellenmarkt hat auch 1984 wieder alle Rekorde geschlagen. Die Nachfrage der Jugendlichen nach betrieblichen Ausbildungsplätzen stieg ein weiteres Mal kräftig an (1984: 764 000, 1983: 725 000, 1982: 666 000), obwohl doch die Jahrgangsstärke der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren, der Gruppe also, für die das duale System eigentlich da ist, längst den Höhepunkt überschritten hat. Die Nachfrageentwicklung hat sich offensichtlich von der demografischen Entwicklung abgelöst. Gleichsam wie auf ein geheimes Kommando, stürzen sich die Jugendlichen in die betrieblichen Ausbildungsgänge. Sie tun dies nicht mehr nur um sich zu qualifizieren. Als weitere Triebfeder ist die Furcht vor der Arbeitslosigkeit hinzugekommen. Denn nur durch eine Lehre kommt man an Einkommen in Gestalt einer vergüteten Ausbildung heran und erwirbt gleichzeitig die Berechtigung für den späteren Bezug von Arbeitslosengeld. Dadurch zieht das Ausbildungssystem vermehrt auch solche Gruppen an, die unter normalen Arbeitsmarktbedingungen einen anderen Qualifizierungsweg gewählt hätten.

Angesichts dieser Lage stellen sich viele Beobachter des Geschehens die bange Frage, wo dies denn noch hinführen soll; wann die Nachfrage — von den sinkenden Schulabgängerzahlen gezogen — wieder zurückgeht und wann die Ausbildungsbetriebe vom Nachfragedruck etwas entlastet werden können. Durch eine Vorausschätzung der Nachfrage für einen Mindestzeitraum von etwa 3 bis 4 Jahren können hierfür Anhaltspunkte gewonnen werden.

Darstellung der Prognosemethode

Der mittelfristige Prognosehorizont erfordert eine andere statistisch-methodische Behandlung als die kurzfristige Vorausschau auf das jeweils nächste Jahr. Während es bei der Kurzfristprognose genügt, die bekannten, aktuellen Strukturen (den Ist-Stand des laufenden Jahres) mit relativ geringfügigen Modifikationen fortzuschreiben, muß für einen mehrjährigen Zeitraum das Verhalten des zu prognostizierenden Systems (im vorliegenden Fall die Ausbildungsplatznachfrage) über viele Jahre beobachtet werden. Längerfristige Vorausschätzungen sind gewissermaßen Trägheitsprognosen, die auf der „Schwerfälligkeit“ (oder Reaktionsträgheit) von wirtschaftlichen und sozialen Systemen beruhen.

Die längerfristige Vorausschätzung läßt sich in methodischer Hinsicht in drei Teile gliedern. [1] Im ersten Schritt verschafft man sich eine Vorstellung von den Bestimmungsgründen, die für

die Nachfrageentwicklung grundsätzlich verantwortlich sind. Das heißt, es wird ein theoretisches Erklärungsmodell der Ausbildungsplatznachfrage gebildet. Dieses wiederum schafft die Basis für einen statistisch-ökonomischen Prognoseansatz. Das Erklärungsmodell ist auf die Hauptbestimmungsgründe beschränkt. Normalerweise gibt es neben diesen wichtigen Faktoren (der Einfachheit halber zunächst mit X_1, X_2, \dots, X_n bezeichnet) noch andere, nicht näher bekannte, für sich betrachtet unwichtige Einflußfaktoren, die sich der statistischen Messung entziehen. In der Gesamtheit üben sie allerdings einen nicht vernachlässigbaren Effekt aus. Man behilft sich damit, letztere in einem additiven Störterm (u), von dem man annimmt, daß er durchweg $(0, \sigma^2)$ -normalverteilt ist, zusammenzufassen. Die Normalitätsannahme stützt sich auf den in der Statistik grundlegenden zentralen Grenzwertsatz. [2] Die Störvariable hat den Mittelwert 0 (und die Streuung σ^2); dadurch ist sichergestellt, daß sich die positiven und negativen Abweichungen in der Summe ausgleichen. Die Störvariable hat folglich keinen systematischen Einfluß auf den Prognosegegenstand.

Bezeichnet man die gesamte Nachfrage aller Jugendlichen nach betrieblichen Ausbildungsplätzen mit GNA, dann kann man das theoretische Erklärungsmodell wie folgt schreiben:

$GNA = f(X_1, \dots, X_n) + u$. Die Regressionsfunktion f ist jedoch unbekannt. Der zweite Schritt auf dem Weg zum Prognosemodell besteht darin, aus den gegebenen Beobachtungswerten GNA_t und X_{it} die unbekanntes Funktionsparameter (die Koeffizienten und die Streuung der Störvariablen) zu schätzen. Um die Schätzung zu vereinfachen, geht man dabei meist von einer linearen Funktionalbeziehung aus:

$$(1) \quad GNA_t = a_0 + a_1 X_{1t} + a_2 X_{2t} + \dots + a_n X_{nt} + u_t; \quad t = 1, \dots, T$$

Dabei wird die Methode der kleinsten Quadrate angewendet. Dieses Schätzprinzip stellt die Koeffizienten so ein, daß die Summe der quadrierten Abweichungen der Störvariablen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg (den Stützbereich der Schätzung) — also $\sum u_t^2$ — ein Minimum wird. [3] Sind die Koeffizienten ermittelt, dann lassen sich die u_t und damit auch deren Streuung als Restgröße (Residuum) aus (1) errechnen. Auch diese haben folglich Schätzwert-Status.

Die lineare Beziehung (1) enthält in Gestalt von a_0 ein konstantes Element (Absolutglied, Achsenabschnitt), dem keine echte Variable, sondern nur eine Scheinvariable in Form einer Konstanten zugeordnet ist. Das Absolutglied ist häufig eine Folge der Linearitätsannahme. Ist der „wirkliche“ Zusammenhang jedoch nicht-linearer Natur, dann ergibt sich meist auch dann